



SPÖ Stadtorganisation Trofaiach
Rebenburggasse 5
8793 Trofaiach

DRINGLICHKEITSANTRAG

Resolution an die Bundesregierung zum Thema Gemeindefinanzen

Österreichs Städte und Gemeinden sorgen gerade in der momentanen Krisensituation dafür, dass die wichtigen Leistungen der Daseinsvorsorge für ihre Bürgerinnen und Bürger verlässlich erbracht werden. Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, Müllabfuhr, Kanalisation, Verkehr wie auch soziale Dienste, Pflege, Gesundheit im Allgemeinen, Bildung und Kinderbetreuung funktionieren auch in dieser schwierigen Zeit und vermitteln den Menschen ein Gefühl der Sicherheit und des Vertrauens. Nicht umsonst schätzen 90% der BürgerInnen die kommunale Grundversorgung und 80% von ihnen wollen, dass sie in städtischer Hand bleibt.

Das im Juni beschlossene kommunale Investitionsprogramm des Bundes („Gemeindemilliarde“) hat die finanziell angespannte Lage zwar verbessert, jedoch wurde darin ein Spielraum für Investitionen vorausgesetzt, der durch die Deckung der laufenden Kosten von den Städten und Gemeinden nicht flächendeckend genutzt werden konnte.

Im Gegensatz zu privaten Unternehmen ist man von vielen Hilfsprogrammen des Bundes wie Kurzarbeit oder Fixkostenzuschuss ausgeschlossen. Der Einbruch der Ertragsanteile und die verringerte Kommunalsteuer verschärfen die Lage zusehends, was sich auch den wesentlichen Kennzahlen des Voranschlags 2021 der Stadtgemeinde Trofaiach erkennen lässt.

Damit die kommunale Daseinsvorsorge auch weiterhin das uneingeschränkte Vertrauen der Bevölkerung genießt und das Rückgrat für einen von Unsicherheit geprägten Alltag bildet, braucht es dringend weitere Unterstützungsleistungen durch den Bund. Schließlich kann und darf es nicht das Ziel sein, dass sich - wie vom Finanzminister am 23.11. in der ZIB angedeutet - alle Gemeinden verschulden, um ihre laufenden Aufgaben bewerkstelligen zu können. Zumal das in der Praxis auch gar nicht so funktioniert (Genehmigung durch Aufsichtsbehörde, Stabilitätspakt, usw.).

Die SPÖ Gemeinderatsfraktion stellt daher folgenden

DRINGLICHKEITSANTRAG

Der Gemeinderat der Stadt Trofaiach ersucht die zuständige Bundesregierung, dringend finanzielle Mittel für die Städte und Gemeinden bereitzustellen, um die Verluste für Investitionen auszugleichen und die lokale und regionale Wirtschaft anzukurbeln. Vor allem sollen Städte, Gemeinden und kommunale Unternehmen in die Hilfsprogramme des Bundes, insbesondere den Fixkostenzuschuss, einbezogen werden und Zugang zur Österreichischen Bundesfinanzierungsagentur haben.

Für die SPÖ-Gemeinderatsfraktion

Finanzstadtrat Ing. Peter Marschnig
Fraktionsvorsitzender